



## **Stadtratsfraktion Pirmasens**

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/227214**

**Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)**

**Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

### **Haushaltsrede 2014 Frank Eschrich**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Das ist nichts Neues. In Folge der Finanzmarktkrise drehen die Banken nun aber endgültig den Geldhahn zu und die Flucht in immer weitere Neuverschuldung, Ablösecredite, Umschuldungen und andere kreative Verdrängungsstrategien haben ein absehbares Ende. War man als Bestandteil des föderalen Systems bisher relativ sicher, weil letztendlich der Bund in der Haftung für die Schulden der Kommunen war, wird die bisher funktionierende Haftungskette mehr und mehr in Frage gestellt. Der Ruf nach einem Rating der Kommunen wird immer lauter und die Ratingagentur Fitch hat schon mal den Anfang gemacht. Auch wenn die politisch Verantwortlichen Kommunalrating zumindest nach Außen noch weitgehend ablehnen, ist es längst Realität.

Mit Basel III bringt es darüber hinaus für Banken keinen Profit mehr, Kommunalkredite zu vergeben. Auch Kommunalkredite müssen mit einer Eigenkapitalquote von 3 Prozent der Kreditsumme zukünftig abgesichert werden. Deshalb machen die Banken lieber mit anderen Geschäfte. Die Kreditvergabe an Kommunen ist uninteressant geworden, wenn die Zinseinnahmen unter den Kreditkosten der Banken liegen. Dass gerade die Commerzbank und die Hypo Real Estate als erste den Kommunen einen Tritt verpasst haben, ist bezeichnend. Sie wurden mit dem Geld des Steuerzahlers gerettet und bedanken sich nun auf ihre spezielle Art und Weise.

Viele Kommunen erhalten bei Kreditanfragen an herkömmliche Banken nur noch wenige oder gar keine Angebote zur Liquiditätssicherung mehr. Wenn Angebote kommen, dann zu Zinssätzen, die jeden Haushalt sprengen würden. Vor die Frage gestellt, wie die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten im nächsten Monat bezahlt werden sollen, greifen Kommunen inzwischen nach jedem Strohalm. Neuerdings werden Schuldscheine unterschrieben, kommunale Anleihen ausgegeben oder gleich der große Wurf mit interkommunalen Zusammenschlüssen geplant. Die Kommunen müssen nun mitspielen im internationalen

Finanzmarktkasino, ob sie wollen oder nicht. Es ist gerade so, als hätte es Ramschanleihen, drohende Staatspleiten und Bankencrash nie gegeben. Zumindest will davon niemand mehr etwas wissen, wir sind ja gut durch die Krise gekommen.

Warum wandeln sich Städte und Gemeinden eigentlich nicht gleich zu Aktiengesellschaften um oder legen Aktienfonds auf? Damit wäre doch der Kapitalismus auf seiner höchsten Stufe verwirklicht. Warum soll man sich eigentlich noch mit dem Grundgesetz und der kommunalen Selbstverwaltung herumschlagen? Die Gesetze des Marktes regeln doch alles viel besser. Bezahlen wird dies alles nicht die kommende Generation, sondern die Normalverdiener der kommenden Generation. Dazwischen liegt ein wichtiger Unterschied, denn an die Vermögenden und Besserverdienenden wird sich auch die neue Bundesregierung nicht herantrauen.

Vor dieser mehr als ungewissen Zukunft stehen wir heute, wenn die Ratsmehrheit einen erneuten Schuldenhaushalt verabschiedet haben wird.

Wer glaubte, das Urteil des rheinlandpfälzischen Verfassungsgerichtshofes führte tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung der kommunalen Haushalte, sieht sich heute getäuscht. Netto sind für die Kommunen gerade mal 50 Millionen bei laufenden Kassenkrediten von 6,5 Milliarden herausgekommen und ausgerechnet die am höchsten verschuldete Stadt Pirmasens soll sogar weniger Geld als vorher bekommen. Die zweite Nebelkerze, der kommunale Entschuldungsfonds, wurde ja an anderer Stelle bereits ausführlich behandelt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dieser Kurzbeschreibung der Rahmenbedingungen zurück zur realen Politik in Pirmasens. Wie sieht es in der nachhaltigsten deutschen Mittelstadt tatsächlich aus? Seit 1997: Spitzenreiter der rheinlandpfälzischen Arbeitslosenstatistik. Seit 2005: Landeshauptstadt der Kinderarmut. Bis 2050: Bevölkerungsschwund von 42 Prozent. Die jetzige Generation steht vor der Altersarmut, hat die Armut bereits an die heute hier lebenden Kinder sozial vererbt, mit der Konsequenz, dass sich die kommende Generation nahezu halbieren wird: Wer noch kann, packt sein Koffer und verschwindet. Es zeigt sich nicht der geringste Silberstreifen am Horizont, der die seit Jahrzehnten anhaltenden Krisenschwerpunkte Arbeitslosigkeit, Armut und Bevölkerungsschwund in Pirmasens auch nur ansatzweise beheben könnte. Deshalb ist das Nachhaltigste am Krisenmanagement der Stadt Pirmasens die Krise selbst. Krisenmanagement ist die euphemistische Umschreibung für Mangelverwaltung. Es ist eine Geschmacksfrage, ob man froh sein kann, dafür einen Preis zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

welche Auswirkungen diese Mangelverwaltung hat und wie es um die Nachhaltigkeit in Pirmasens bestellt ist, möchte ich an einigen Beispielen aufzeigen.

Beispiel Stadtgalerie und Einzelhandelskonzept. Die Stadtgalerie sollte ein weithin sichtbarer Leuchtturm werden, dass es in Pirmasens wirtschaftlich wieder aufwärts geht. 20.000 Kunden sollten zu Spitzenzeiten täglich in die Stadt strömen, entsprechenden Umsatz hinterlassen, für 600 neue Arbeitsplätze sorgen, den Einzelhandel stärken und die Fußgängerzone beleben.

Davon spricht heute kein Mensch mehr. Alleinstellungsmerkmale der Pirmasenser Stadtgalerie könne man sich abschminken, ebenso der versprochene attraktive Branchenmix mit hochwertigen Angeboten, statt dessen die x-beliebigen Filialisten, die es in jeder Stadt gibt. Einen nennenswerten Zuwachs an Verkaufsfläche in der Innenstadt wird es nicht geben und auch keine größeren Kaufkraftströme aus dem Umland. Das Fazit des letzten Cima-Gutachtens: Bestenfalls könne die Stadtgalerie das bisherige Niveau des Einzelhandels stabilisieren. Aus dem Leuchtturmprojekt ist damit ein volkswirtschaftliches Nullsummenspiel geworden: H & M und C & A verkaufen ihre Klamotten an die gleiche Kundschaft ein paar Meter nebendran. Das war's , mehr ist nicht. Dafür werden die letzten ortsansässigen und inhabergeführten Geschäfte in der Fußgängerzone, am Exe und in der Schlossstraße aufgeben müssen. Umstrukturierungszonen nennt dies Gutachter Karutz heute, gestern hießen sie noch richtigerweise Schrumpfungszonen.

Und kommt es ganz schlimm, steht die Stadtgalerie nach ein paar Jahren leer und die restliche Innenstadt auch.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Preis ist uns zu heiß und sollte am 20. Januar nicht noch eine wundersame Umkehrung des Negativtrends anhand nachprüfbarer Fakten erkennbar sein, werden wir die Fortsetzung des Projektes Stadtgalerie ablehnen.

Am Beispiel Stadtgalerie lässt sich noch einiges andere festmachen, z.B. die Nachhaltigkeit von Worten und Versprechungen und ganz besonders die Nachhaltigkeit der kommunalen Demokratie.

Am 19. Mai 2011 kündigte Oberbürgermeister Dr. Matheis eine Internetplattform an, in der die Pirmasenser ihre Meinung zur Stadtgalerie sagen und diskutieren können. Passiert ist nichts. Umgesetzt wurde diese Idee auf der Facebook Seite der PZ zweieinhalb Jahre später.

Am 11. Juni 2011 verkündete unser OB, mit der Bürgerversammlung am 14. Juni 2011 werde mit der Veranstaltung in der Festhalle ein erster Schritt für eine breite Bürgerbeteiligung getan. Bei diesem ersten Schritt ist es dann geblieben. Auch die angekündigte Ideenbörse für die Stadtgalerie sucht man vergebens.

Der Höhepunkt der Nachhaltigkeit nach Pirmasenser Lesart war jedoch, dass am 27. März 2012 Oberbürgermeister Dr. Matheis den von uns beantragten Bürgerentscheid zur Stadtgalerie mit den Worten begrüßte, „Das ist absolut wünschenswert“ und solle im Hauptausschuss vertieft werden. Damals war nach Angaben des Oberbürgermeisters auch Entwickler Koprian von der Idee des Bürgervotums angetan und habe keine Bedenken.

Inzwischen wurden der Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit aber von Koprian mehrfach öffentlich zu Recht gestutzt und zurückgepiffen. Am 13. Juni 2012 verlautbarte Koprian öffentlich, ein Bürgerentscheid würde den Zeitplan über den Haufen werfen und drohte den Bürgerinnen und Bürgern wörtlich an: „Wenn die Bürger nein sagen, packen wir die Sachen, dann ist Pirmasens verbrannt.“

In einem kürzlich an alle Ratsmitglieder verschickten Brief Koprians wird diese Drohung mit etwas blumigeren Worten wiederholt und für das ungeliebte Bürgervotum gleich eine Frist mitgeteilt. Wenn man schon die Bürger befragen müsse, dann habe dies bitteschön bis Ende Januar 2014 erledigt zu sein, diktiert Koprian seinen Stadträtinnen und Stadträten ins Stammbuch.

Diese Worte haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Oberbürgermeister Dr. Matheis konnte daraufhin nicht einmal seine Planungszelle durchsetzen. Der SPD-Fraktion war die Beteiligung von 25 Bürgerinnen und Bürgern schon zu viel, die CDU schloss sich an und ließ ihren Kreisvorsitzenden im Regen stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Pirmasens hat sich mit seiner nachträglichen Ablehnung jeglicher Form von direkter Bürgerbeteiligung selbst ein Armutszeugnis ausgestellt. Nach Auffassung der Mehrheit hier im Saal sei die Thematik viel zu komplex, um von den Bürgerinnen und Bürgern begriffen zu werden. Das notwendige Verantwortungsbewusstsein wurde alleine bei den gewählten Stadträtinnen und Stadträten gesehen. So lauteten die Argumente bei der Ratssitzung am 18. November, um die Bürgerbeteiligung endgültig vom Tisch zu bekommen.

Die Mehrheit des Rates will sich von den Bürgerinnen und Bürgern nicht reinreden lassen und hält ausschließlich sich selbst für weise genug, die Entscheidung über die Stadtgalerie zu treffen. Damit hat man nicht nur die sprichwörtliche Arroganz der Macht eindrucksvoll zur Schau gestellt, sondern die Chance verpasst, etwas Nachhaltiges für die Entwicklung der kommunalen Demokratie zu tun.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bis zum letzten CIMA-Gutachten stand die Linke hinter dem Einzelhandelskonzept der Stadt Pirmasens. Es ist grundsätzlich richtig, die Ansiedlung von Einzelhandel auf der grünen Wiese zu erschweren und den Versuch zu unternehmen, die Innenstadt zu beleben.

Die Frage der kommenden Ratsperiode wird aber lauten, ob sich Pirmasens diese Grundsätze angesichts der niederschmetternden Ergebnisse des Gutachtens noch leisten kann, denn die Verödung der Innenstadt setzt sich trotz aller Bemühungen nahezu ungebremst fort. Dies betrifft zunächst „nur“ den Einzelhandel direkt. Da ist bereits schlimm genug. Der Fortbestand der gesamten Stadtgesellschaft ist vom Faktor Arbeit abhängig, dies ist das weitaus größere Problem. Wenn es uns nicht gelingt, die gerade heranwachsende Generation in Lohn und Brot zu bringen – hier in Pirmasens – ist das Schicksal der Stadt besiegelt. Dafür wird man es eventuell in Kauf nehmen müssen, die Ansiedlungspolitik zu lockern.

Beispiel Klimaschutz. Pirmasens wurde für sein Klimaschutzkonzept mit dem deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Das ist einigermaßen skurril. In der letzten Ratssitzung wurden zum wiederholten Male die Aussagen des Klimaschutzkonzeptes der Fachhochschule Trier in Zweifel gezogen, insbesondere bei der ungeliebten Windkraft. Aber auch die Zahlen und Fakten des Gutachtens selbst zeigen deutlich, dass Pirmasens nicht besonders viel mit Klimaschutz am Hut hat. Im Bundesdurchschnitt wurde der CO<sup>2</sup> Ausstoß seit 1990 um 19 Prozent verringert. In Pirmasens ist im gleichen Zeitraum der CO<sup>2</sup>-Ausstoß nur um 6 Prozent

zurück gegangen. Im Bereich Strom aus erneuerbaren Energien liegt Pirmasens bei 3 Prozent im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von 20,3 Prozent. Bei der Heizenergie aus Erneuerbaren kommt Pirmasens auf 1 Prozent des Gesamtverbrauchs in Relation zu 11 Prozent auf Bundesebene. Das gesetzlich verankerte Klimaschutzziel sieht bis 2050 eine Reduzierung der CO<sup>2</sup>-Emissionen um 80 Prozent gegenüber dem Basiswert von 1990 vor. Mit diesen Zahlen kann sich jede und jeder selbst ausrechnen, wie nachhaltig der Klimaschutz in Pirmasens ist.

Die Energiepolitik der Stadt Pirmasens ist weder nachhaltig, noch sozial. Statt in den Ausbau von erneuerbaren Energien vor Ort zu investieren, im Verbund mit anderen Kommunen möglicherweise zu einer Modellregion für erneuerbare Energien und Standort für Klima- und Umweltschutztechnik zu werden, glauben die Stadtwerke, sie seien eine Bank. Das Geld der Strom- und Gaskunden aus Pirmasens wird für 7 Prozent Rendite bei der Thüga angelegt. Damit entsteht natürlich kein einziger Arbeitsplatz vor Ort und der Bevölkerungsschwund geht ungebremst weiter.

Die Energiearmut in Pirmasens steigt. Neben Hartz IV-Empfängern, Alleinerziehenden und kleinen Rentnerinnen und Rentnern wissen längst auch Haushalte aus der dünner werdenden Mittelschicht kaum noch, wie sie ihre Strom- und Heizkosten bezahlen sollen. Statt diesen sozialen Sprengstoff endlich zu entschärfen, sozial verträgliche Sockeltarife einzuführen, die gleichzeitig Anreize für Energiesparmaßnahmen schaffen, oder wenigstens das Kölner Modell zur Vermeidung von Stromsperren einzuführen, passiert in Pirmasens nichts dergleichen. Und wo sind eigentlich die bereits zugesagten Energiesparhelfer geblieben? Die wurden doch nicht nur von der Linken, sondern auch vom FWB beantragt. Logisch, eine Bank hat keine sozialen Interessen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der Energiepolitik kann man nahtlos zu den gescheiterten oder in Frage stehenden Großprojekten überleiten, um Beispiele für wenig Nachhaltiges zu finden. Unser Geschäftsführer der kommunalen Stadtwerke äußert sich ja öfters mal politisch, ohne dafür ein Mandat zu haben. So auch im September 2010, als Klaus Kreibich den Energiepark Winzeln öffentlich in Frage stellte. Daraufhin forderten wir in einer Resolution des Stadtrates, dass sich die Gremien und Gesellschaften der Stadt Pirmasens doch bitte hinter dieses wichtige Projekt stellen mögen. Diese Resolution hielt man damals für entbehrlich. Heute, drei Jahre später, sind die großangelegten Energieparkpläne auf eine Versuchsanlage des PFI zusammengeschrumpft und auch die Stadt wird nach Aussage von Dezernent Schieler in absehbarer Zeit nicht weiter in Winzeln investieren. „Beerdigung nach sieben Jahren“ lautete dazu die Presseschlagzeile.

Ein weiteres Großprojekt, das Ärztehaus auf dem Messegelände, ist bisher über eine Powerpointpräsentation und den wohlklingenden Namen Sensanum nicht hinausgekommen. Abrissarbeiten und vorbereitende Umbaumaßnahmen wurden vorläufig eingestellt. Weitere Geisterdebatten wie Schuhoutlet, Wasgauzentrum oder Fußgängerzonenarkaden wurden zum Glück schon vor dem Powerpointstadium beendet, bevor wir uns mit dem Pirmasenser Wunschkonzert der Irrealitäten ganz der Lächerlichkeit preisgegeben haben.

Das politische Waterloo der Stadtspitze sind aber weniger die nicht vorhandenen Großprojekte, sondern die krachende Niederlage beim Thema B 10. Die rot-grüne Landesregierung und das CDU/CSU-geführte Bundesverkehrsministerium haben die Stimme der Region am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich mache Ihnen nicht zum Vorwurf, dass Sie sich als David mit dem Goliath angelegt haben. Dies verdient abseits der Sachfrage zum B 10 Ausbau, die ich ganz anders als Sie beurteile, sogar einen gewissen Respekt. Ich mache Ihnen zum Vorwurf, dass Sie gewusst haben, dass solche Kämpfe in der politischen Realität anders ausgehen als in der biblischen Erzählung und trotzdem tausende Menschen dafür instrumentalisiert und unerfüllbare Hoffnungen geweckt haben. Was in der Wasgauhalle unter Ihrer Moderation damals ablief, hatte mit bürgerschaftlichem Engagement für ein politisches Ziel nichts mehr zu tun und ist mit aufgehetzten, grölenden Hinterwäldlern, wie in der Presse zu lesen, noch zaghaft umschrieben. Dies war alles andere als Werbung für Pirmasens und hat schweren politischen Schaden angerichtet. Eine Bürgerinitiative braucht einen gewissen Abstand zur herrschenden Politik und der Verwaltung. Wenn selbst die räumliche und personelle Distanz dabei verloren geht, ist die Glaubwürdigkeit aller Beteiligten dahin.

Das Image der Stadt als Armenhaus in Rheinland-Pfalz lässt sich eben nicht mit politischen Marketingaktionen und Spiegelfechtereien aus der Welt schaffen. Auch wenn es bei jeder Gelegenheit wiederholt wird, wird es nicht wahrer: Der Rheinland-Pfalz-Tag war mit Ausnahme der gewaltverherrlichenden Militärshow auf dem Messegelände ein gelungenes Landesfest, aber mehr auch nicht. Die gebetsmühlenartig damit verknüpften Besucherströme oder gar eine Verbesserung bei der Neuansiedlung von Betrieben oder des Geschäftsklimas sind reine Wunschvorstellung geblieben. An der Realität in Pirmasens hat der Rheinland-Pfalz-Tag nichts geändert. Jeder fünfte Pirmasenser ist privat überschuldet und die Stadt gehört damit zu den zehn Kommunen mit der höchsten Schuldnerquote Deutschlands. Rund 17 Prozent der Pirmasenserinnen und Pirmasenser sind zahlungsunfähig und haben keinerlei Perspektive, der Schuldenfalle zu entfliehen.

Die öffentliche Verschuldung der Stadt Pirmasens beträgt umgerechnet pro Einwohner mehr als 6000 Euro, Pirmasens ist damit Spitzenreiter in Rheinland-Pfalz. Tausende Menschen können nur mit Hilfe karitativer Einrichtungen wie der Tafel oder Kleiderkammern überleben und die existenzielle Not in der armen Bevölkerung nimmt ständig zu. Das ehrenamtliche Engagement und die Spendenbereitschaft der Bevölkerung verdienen allen Respekt. Ohne dieses Engagement müssten viele Menschen hungern oder stünden im Winter ohne wärmende Kleidung da. Gleichzeitig sind diese Zustände, die steigenden Fallzahlen und die fortschreitende Verarmung großer Bevölkerungsteile eine Bankrotterklärung der herrschenden Politik. Für freiwillige Leistungen im sozialen Bereich ist kein Geld da, stattdessen wurden 120.000 Euro in der völlig sinn- und zweckfreien Standortinitiative Südwestpfalz versenkt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsentwurf ist der buchhalterische Ausfluss einer grundsätzlich falschen Politik. Der Haushalt ist weder nachhaltig, noch innovativ oder trägt in irgendeiner Weise zur Bewältigung der drei Grundprobleme Arbeitslosigkeit, Armut und Bevölkerungsschwund bei.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE lehnt den Haushaltsentwurf 2014 ab.